

Sehr geehrte Frau Edler,

vielen Dank für die Fragen des Forum Fairer Handel. Anbei meine Antworten:

Wie kann der Staat fairen Konsum in Deutschland unterstützen?

Staaten sind abstrakte Gebilde, die sich aus einer schier unüberschaubaren Zahl an Teilen und Teilchen zusammensetzen. Der Wunsch nach Unterstützung braucht – so richtig und wichtig ich ihn finde – zunächst einmal einen Adressaten innerhalb des Staates. Hier sehe ich zwei wichtige Ansatzpunkte. Zum einen ist es die Aufgabe von Politikern wie die einer ganzen Reihe von Institutionen – von den staatlichen Bildungseinrichtungen bis hin zu den zuständigen Ministerien – dafür zu sorgen, dass das Thema fairer Handel und fairer Konsum überhaupt zur Sprache und damit auch ins Bewusstsein kommt. Denn was wir auch brauchen, ist ein Bewusstseinswandel. Dieser beinhaltet eine Abkehr von der asozialen Geiz-ist-geil-Mentalität hin zu einer Denk- und Lebensweise, die die Welt als ein zusammenhängendes Ganzes betrachtet und sich darüber im Klaren ist, dass die Ausrichtung an (persönlichem) Profit ökologisch, ökonomisch und sozial in eine Sackgasse führt.

Zum anderen halte ich es – und damit greife ich ihre **Frage nach dem Stellenwert sozialer und ökologischer Kriterien in der Öffentlichen Beschaffung** auf – für wichtig, dass die jeweiligen staatlichen Einrichtungen bzw. die „öffentliche Hand“ hier mit gutem Beispiel vorangehen und Nachhaltigkeit sowie soziale und ökologische Kriterien verstärkt in die Auftragsvergabe mit einbeziehen. Schließlich legt die Auftragsvergabe nicht nur eine Grundlage für die Produktionsbedingungen und -verhältnisse, sondern auch für den späteren Konsum und das weitere Nutzungsverhalten bestimmter Güter und Dienstleistungen. Auch hier gilt es also umzudenken und dem Primat des Preises sowie den (kurzfristigen) Renditeabsichten etwas entgegenzusetzen. Dazu braucht es nachhaltige Konzepte. Denn: „Nur wenn umweltpolitische und soziale Gesichtspunkte Berücksichtigung finden, werden sich die ungerechten Verhältnisse im Welthandel ändern.“ (Zitiert aus dem Vorwort des Attac-Bildungsbausteins 10 – Fairtrade). Vor diesem Hintergrund unterstütze ich die Forderung nach einem Aktionsplan für soziale und ökologische Beschaffung vollauf.

Was die **Maßnahmen zur Erleichterung nachhaltiger Kaufentscheidungen** betrifft, so scheint mir einerseits die Zertifizierung durch ein Fairtrade-Siegel, wie es von Fairtrade Labelling bzw. TransFair in Deutschland vergeben wird, wichtig. Gleichwohl sehe ich die Lizenzvereinbarung zwischen TransFair und einem Unternehmen wie Lidl äußerst kritisch. Zwar haben das TransFair-Siegel wie die dahinter stehenden Ideen damit einen gewissen Aufschwung erhalten, doch nimmt – gerade im Zusammenhang mit einem nachweislich extrem arbeitnehmerfeindlichen, um nicht zu sagen ausbeuterischen Unternehmen wie Lidl – der mit dem Fairhandel verbundene politische Anspruch Schaden. (Siehe dazu auch <http://www.attac.de/archive/lidl/www.attac.de/lidl-kampagne/content/background/DeabLidlTransfairSiegel.pdf>)

Eine zweite wichtige Maßnahme zur Erleichterung nachhaltiger Kaufentscheidungen sehe ich in einer verstärkten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für fair gehandelte Produkte, wobei hier die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede zu sog. Bio-Produkten deutlich(er) gemacht werden müssen.

Was die **Maßnahmen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern und den Kampf gegen den Hunger** in der Welt betrifft, so sehe ich hier die (Entwicklungs-)Politik in der Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche lokale Ansätze „von unten“ fördern und etablieren helfen. Generell sehe ich in kleinräumigen, auf Monokulturen verzichtenden Initiativen eine Chance, den Entwicklungsländern mehr Ernährungssicherheit zu geben. Kleinbäuerliche Initiativen können besser auf die sich wandelnden klimatischen, aber auch ökonomischen Gegebenheiten reagieren und dadurch möglichst große Unabhängigkeit wahren. Zugleich wird damit ein Beitrag für eine umwelt- und klimafreundlichere Landwirtschaft geleistet. Gerade **kleinbäuerliche Betriebe können und müssen hierbei in Zukunft eine zentrale Rolle spielen**. Ihre Förderung durch den fairen Handel ist deshalb umso wichtiger. Gleiches gilt natürlich auch für die Förderung des fairen Handels durch die Politik. Den **Ausbau von Schutzmöglichkeiten für Entwicklungsländer** halte ich deshalb für sinnvoll. In diesem Zusammenhang muss aber auch die Subventionspolitik der EU überprüft und sich generell gefragt werden, welchen Sinn es macht, mit der einen Hand jährlich rund 100 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe von Nord nach Süd fließen zu lassen, während die andere

durch protektionistische Handelspolitik den Entwicklungsländern das Geld gleich wieder aus der Tasche zieht – und das nicht selten doppelt und dreifach. Vor diesem Hintergrund setze ich mich generell **für eine gerechte, an sozialen wie ökologischen Kriterien orientierte Handels- und Entwicklungspolitik** ein. Entwicklungsländer dürfen nicht zum Versuchsfeld und Profitobjekt internationaler Großkonzerne werden. Dort, wo sie es schon sind, gilt es, mit aller politischen, aber auch zivilgesellschaftlichen Macht für eine Veränderung der ökonomischen Verhältnisse einzutreten, um Ernährungssicherheit und einen grundlegend fairen Handel zu gewährleisten. Dies schließt natürlich auch **technische, finanzielle und sachverständige Hilfe zur Bewältigung des Klimawandels** ein. Dabei sind jedoch die spezifischen lokalen und regionalen Umstände zu beachten, die Betroffenen mit einzubeziehen und Hilfe derart zu gewähren, dass diese nicht nur den Umgang mit dem, sondern auch zum Kampf gegen den Klimawandel ermöglicht. Von daher setze ich mich mit Nachdruck dafür ein, dass zusätzlich zu den für 2015 geplanten 0,7% des BIP **weitere Mittel für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung** zur Verfügung gestellt werden. Die Höhe dieser Mittel sollte meiner Ansicht nach an den tatsächlichen, nicht zuletzt mit den klimatischen, aber auch ökonomischen Veränderungen einhergehenden bzw. bereits einher gegangenen Veränderungen bemessen werden. Was die Schritte betrifft, um Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu beteiligen, so verweise ich hier auf mein generelles Politikverständnis, demnach es darum geht, die Probleme der Menschen vor Ort wahr- und ernst zu nehmen, um auf dieser Basis nach ausgewogenen und nachhaltigen Lösungen zu suchen. Politisch aktiv zu sein heißt für mich vor allem, Widersprüche zu artikulieren, Entscheidungen transparent und Vorgänge nachvollziehbar zu machen. In dieser Hinsicht können die Politik und viele ihrer Vertreter von den ehrenamtlichen Helfern und den gemeinnützigen Organisationen – dem sog. Dritten Sektor – eine Menge lernen. **Nicht nur was die ökonomischen, sondern auch was die ökologischen, sozialen und ethischen Maßstäbe betrifft, wird der Dritte Sektor immer wichtiger.** Da ich selbst in einer Vielzahl gemeinnütziger Vereinen und Initiativen aktiv bin, kenne ich die Probleme – etwa die rechtliche Stellung von Ehrenamtlichen – nur allzu gut. **Die Einführung einer entsprechenden gesetzlichen Haftpflicht- und Unfallversicherung halte ich daher für eine gute Maßnahme.** Darüber hinaus aber erachte ich es für nötig, den gängigen Arbeitsbegriff zu hinterfragen. Der Fixierung auf Vollzeit- und Lohnarbeit müssen hier andere Modelle zur Seite gestellt werden. Ehrenamtliche Tätigkeiten spielen dabei für mich eine zentrale Rolle.

Was schließlich **das Lebenslange Lernen in Weltläden und Fair-Handelsgruppen** betrifft, so bedarf es kontinuierlicher Beratungs- und Weiterbildungsangebote, was natürlich eine ausreichende Finanzierung ebendieser Angebote voraussetzt. In Leipzig haben in den letzten Jahren auch eine Reihe Bildungsveranstaltungen stattgefunden die auch eben diesem Zweck dienen, sei es durch konventionelle Veranstaltungen wie Vorträge und Foren, durch Filmvorführungen wie das gemeinsame GlobaLe-Projekt von Attac Leipzig und Eine Welt e.V. oder auch durch alternative Stadtführungen. Auch hier gilt es auf der politischen Ebene deutlich zu machen, dass die Gelder für solche Projekte eine sehr gute und vor allem nachhaltige Investition sind, schließlich ist **die generelle Förderung des Fairhandel-Bereichs und seiner vielfältigen Angebote** eine Investition in eine soziale, ökologisch wie ökonomisch ausgewogene Gesellschaft. Genau wie die über 50.000 ehrenamtlich im Fairhandel Engagierten will ich mithelfen, eine solche Gesellschaft zu bauen.

Mit freundlichen Grüßen,

Mike Nagler